

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr.
2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr.,
3m. 10 fr. u. s. w. Insertionsstempel jebcm. 30 fr.

1867.

Der h. Feiertage wegen er-
scheint die nächste Nummer am
Freitag.

Amstlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliebung vom 16. December d. J. den kistenländischen Baurath Franz Tomek zum Oeberbaurath in Galizien alleranähigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliegung vom 13. December d. J. den außerordentlichen Professor der allgemeinen Geschichte an der Universität in Graz Dr. Adam Wolf zum ordentlichen Professor dieses Faches an der genannten Hochschule allerhöchstdinst zu ernennen geruht.

Der mit der Leitung des Ministeriums des Innern betraute Minister hat den Bauinspector Karl Dymann zum Baurathe in Galizien ernannt.

Am 22. December 1867 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei das LX. und LXI. Stück des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

Nr. 138 die Kundmachung des Finanzministeriums vom 8. December 1867 über die Errichtung selbständiger Finanzprocuratoren in Linz, Salzburg, Klagenfurt, Laibach, Triest und Gzerowitz, und die Aufstellung einer Expofitur der galizifchen Finanzprocuratur in Graßau:

Ne. 139 den Erlass des Finanzministeriums vom 13. December 1867 über die Aufhebung des Verbotes der Einfuhr von Haderu aus Italien über die Landgrenze und von Haderu und alten Kleidern aus der Schweiz nach Tirol und Vorarlberg:

Der 140. die Kundmachung des Finanzministeriums vom 16. December 1867 über die Auflösung der Landeshauptcasse in Krakau und die künftige Versorgung der Geschäfte derselben. Das LXI. Stück enthält unter

141 das Gesetz vom 21. December 1867, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird; — wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien und Podomerien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol und Vorarlberg, Sizilien, Görz und Gradisca, dann die Stadt Triest mit ihrem Gebiete;

nr. 142 das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder; wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien und Lodomerien mit Krakan, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Kufowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Istrien, Görz und Gradisca, dann die Stadt Triest mit ihrem Gebiete;

Nr. 143 das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die
Einführung eines Reichsgerichtes; — wirksam für Böhmen,
Dalmatien, Galizien, Oesterreich unter und ob der Enns,
Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mäh-
ren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, Gdöz und Gradiſca,
Friaun und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete;

Nr. 144 das Staatsgrundgesetz vom 21. December 1867 über die
richtertliche Gewalt; — wirksam für Böhmen, Dabauien,
Galizien, Defterreich unter und ob der Enns, Salzburg,
Steiermark, Kärnten, Krain, Bnfrowina, Mähren, Schlefien,
Tirol mit Vorarlberg, Güz und Gradifca, Ffrien und die
Stadt Triefst mit ihrem Gebiete;

Jhr. 145 das Statutengesetz vom 21. December 1867 über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt; — wichtig für Böhmen, Dalmatien, Galizien, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Friaul, Mähren, Schlesien, Tirol mit Vorarlberg, Görz und Gradisca, Istrien und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete:

Re. 146 das Gefes vom 21. December 1867 betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung: wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien mit Krakau, Oesterreich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Mähren, Schlesien, Tirol, Vorarlberg, Görz und Gradisca, Istrien und die Stadt Triest mit ihren Gebieten:

Nr. 147 das Gesetz vom 21 December 1867, womit der Zeitpunkt bestimmt wird, mit welchem das Gesetz, wodurch das Grundgesetz über die Reichsvertretung vom 26. Februar 1861 abgeändert wird, das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder, das Staatsgrundgesetz über die Einsetzung eines Reichsgerichtes, das Staatsgrundgesetz über die richterliche Gewalt, das Staatsgrundgesetz

über die Ausbildung der Regierungs- und der Vollzuge Gewalt endlich das Gesetz betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Befandlung in Wirksamkeit zu treten haben; — wirksam für Böhmen, Dalmatien, Galizien mit Krakau, Deser- reich unter und ob der Enns, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain, Bukowina, Währen, Schleßen, Tirol, Vorarl- berg, Görz und Gradische, Friaun und die Stadt Triest mit ihrem Gebiete. (W. Ztg. Nr. 302 v. 22. December.)

Nichtamtlicher Theil.
Einladung.

Von den großen Geld-Potterien, welche Se. t. k. apostolische Majestät in landesväterlicher Vorsorge ausschließlich nur zu Zwecken öffentlicher Wohlthätigkeit anzuordnen geruhen, kommt nunmehr die XI. dieser Potterien, deren ganzes Reinertragniß in Folge Allerhöchster Bestimmung

der Krankenaussicht „Rudolf-Stiftung in Wien“ gewidmet ist, zur Ausführung.

Der allgemeinen Theilnahme, deren sich die vor-
ausgegangenen zehn Staats-Wohltätigkeits-Lotterien zu
erfreuen hatten, ist der günstige Erfolg zuzuschreiben,
daß mit deren Ertrage theils eine Mehrzahl gemeinnützi-
ger öffentlicher Anstalten ganz neu ins Leben gerufen,
theils bereits bestehenden eine reichliche Unterstützung zu-
gewendet werden konnte.

Zeugniß davon geben die öffentlichen Krankenhäuser in Linz, Preßburg und Agram, dann die Irrenanstalten in Siebenbürgen, Ungarn, Steiermark, Kärnten, Krain, Galizien und Tirol, und die Kinderspitäler in Wien und Prag, wie auch außerdem die Militär-Badeanstalten in Karlsbad und Pilsan, und die mehrfache Fundirung von Stiftungsplätzen für mittellose Waisen von k. k. Officieren, Militärparteien und Militärbeamten u. s. m.

Die in der Ausführung begriffene XI. Staats-
 Wohltätigkeits-Lotterie, welche mit bedeutenden Gewinn-
 sten im Gesammtbetrage von 300.000 fl. ausgestaltet
 ist, wovon das Los nur 2 fl. 50 kr. österr. Währ.
 kostet, und deren Ziehung bereits unwiderrusslich am 19ten
 März 1868 stattfindet, bietet sowohl den edelsinnigen
 Menschenfreunden, als Jenen, die ihr Glück versuchen
 wollen, neuerdings die Gelegenheit dar, durch eine reich-
 liche Losabnahme zur Förderung der so wohlwollenden
 Absicht Sr. k. k. apostolischen Majestät beizutragen.

Der Gefeßigte wende sich daher mit demselben Vertrauen wie bei den vorausgegangenen Staats-Lotterien an alle edlen Menschenfreunde und thätigste Potterien an alle edlen Menschenfreunde und Spiellustige, und gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Einladung zur regen Theilnahme an der XI. Lotterie eine reichliche Abnahme von Losen zur Folge haben werde.

Cajus von Wellenheim m. p.,
Oberfinanzrath und Leiter der k. k. Lotteriegelds-Direction

* Das Spielprogramm ist im heutigen Amtsblatte enthalten.
Ann. d. Red.

Povabilo.

Od velikih denarnih loterij, za ktere je Njegov c. kr. apostolsko Veličanstvo svetli cesar blagovoli premilostljivo zapovedati, da se napravljajo edino za kak obćenokoristen namen, bode se zdaj izpeljala XI. Ves čisti dohodek iz te XI. loterije namenjen je po najviši zapovedi

za bolnico na Dunaji z imenom „Rudolfovišče.“

Poprejšnjih deset državnih loterij za dobrotne namene se je občinstvo vselej obilno udeležilo ter so one imele tako lep uspeh, da je bilo mogoče, z do-

1. *Phragmites*
 2. *Phragmites*
 3. *Phragmites*
 4. *Phragmites*
 5. *Phragmites*
 6. *Phragmites*
 7. *Phragmites*
 8. *Phragmites*
 9. *Phragmites*
 10. *Phragmites*

Weihnachten.

Der Christtag hieß bei den Engländern Christ-, bei den Niederländern Kerst-Messe, Kerst-dagh oder Kerst-tyd, bei den Dänen Gudsdyrt, bei den Deutschen Christtag oder Wynnacht, Weihnacht. Der Name der „Weihnacht“ (wei und weiha hieß im Altdutschen: heilig) ist älter als das Christenthum. Die alten Kelto-Germanen rechneten ihre Monate nicht nach Tagen, sondern nach Nächten, daher Weihnacht soviel als Weisheitag bedeutete. In der längsten Decembernacht zur Zeit der Winter-Sonnenwende feierten die Kelto-Germanen ihr Zuelfest. Sie glaubten, daß zu dieser Zeit die Göttin Here Geschenke bringend herumsiege. Man zündete Fackeln an, um die Göttin zu bewillkommen, machte Feuer auf dem Herd und unter den geweihten Bäumen an, um das Schicksal zu befragen. Diese Opferstätten waren mit Misteln bekränzt, daher in England noch jetzt die Mistel unseren Weihnachtsbaum vertritt. Auf dem Hansthüren wurden besondere Zeichen gemacht. Nachdem man der Göttin Here ein Schwein geopfert, hielt man den Zuelfchmaus, der mit einem „Gut Hyl“ (daher das „Gut Heil“ unserer Turner) eröffnet wurde.

Man sang nun Lieder zum Preise der Götter, Turner und Kämpfer wetteiferten, und zum Beschluß besaßte man sich gegenseitig. Noch eine andere alt-deutsche Göttin hat der Glaube mit der Weihnacht in Verbindung gebracht. Frau Huld a (die Holde, Freundsche) in Märcen und Sagen noch lange als Frau Holle fortspulend, zeigte sich auch zur Weihnachtszeit. Wenn

es schneit, hieß es, so „macht sie ihr Bett“, die weißen
Flocken sind die Federn. Sie bringt aber auch schön
Geschenke: den Mädchen einen — Mann, den Frauen —
Kinder, die sie noch ungeboren in den Bergen, wo sie
haust, umgeben. Frau Holle spult noch in den Sagen
der launiger Wenden als verzauberte, den erlösenden
Mann suchende Jungfrau.

Langsam durchdrang der Strahl des Lichtes aus der Krippe von Betlehem das Dunkel der deutschen Götterhaine, und lange nachdem das Christenthum an die Stelle der heidnischen Opfer getreten, wirkte sein Cultus in verwandelter Form fort. In der Gestalt, wie das Weihnachtsfest jetzt gefeiert wird, hat erst Papst Gregor, ein großer Kinderfreund, dem 32. Ehren lange das Gregorius- oder Schulsfest gefeiert wurde, es eingeführt. Die Aufstellung der figurreichen Krippen ist eine ursprünglich italienische Sitte. In Deutschland erloschen, hat sie sich bei uns erhalten. Merkwürdig ist auch der Gebrauch des Herumziehens und Singens eigener alter Pieder vor den Häusern. In England sind es die Kinder, welche die Christmascarols singend herum ziehen, eines voraus mit dem Christbaum, die anderen mit Immergrün in den Händen. Sie werden überall gern gesehen und mit kleinen Gaben beschenkt, Äpfel, Nüssen u. dgl. In Zusammenhänge damit mag unser „kol-dvati“ zu bringen sein, d. i. das von Nicolai bis Lichtmess hie und da noch übliche Herumziehen mit Absingen von sehr alten Piedern, in denen der Refrain „Koleda“ oder „Kol-dari“ ist. Koleda oder auch Kalenda hießen ursprünglich bei den Slaven heidnische Feste, welche noch das Concil von Constantinopel (691) untersagte. Später nahm das Wort Koleda die Bedeutung eines Neujahrs-geschenkes an, endlich wurde es in der Form: „Kol-dar“ gleichbedeutend mit „Kalender“. Eine Eigenthümlichkeit unserer Weihnachtsgebräuche ist auch

das Backen eigener Weihnachtsbrote in der Gegend von Mötting. Man bäckt in jedem Hause 4 Brote, eines aus Weizen, die anderen aus gemischtem oder Kornmehl, und zwar das erstere mit besonderem Verzierungen in Gestalt von Vögeln, Blumen u. dgl. Es heißt „Božičnik“ und hat eine runde Form von dem Siebe, in welchen man es hineinzwängt, bevor man es in den Ofen schiebt. Am Weihnachtsabend bringt die Hausfrau, wenn schon alles zur Ruhe gegangen, die vier Brote auf den großen Esstisch, das weiße in der Mitte, und läßt sie dort die Nacht über liegen. Das Volk betrachtet diese Brote als dadurch geweiht, und zwar bedeutet ihm das weiße das Christkindlein, die drei schwarzen die h. drei Könige. Am Morgen des Christtags werden die Brote unangeschnitten wieder in die Kammer oder in den Keller getragen. Diese Ceremonie wird am Vorabend des St. Stephans, und Neujahrstages wiederholt. Am Neujahrstage werden die Brote endlich getheilt, und zwar bekommt einen Theil das Hausgesinde, einen das Hausvieh und einen Bekannte, Freunde, Nachbarn. Das Weihnachtsbrot ist dem Volk ein Symbol des Friedens.

Die Weihnachtsgebräuche gleichen sich im allgemeinen wohl überall in Europa. Nur in Schweden, Norwegen und Dänemark weichen sie stark von denen anderer Völker ab. Man hält dort am Christage schon um 11 Uhr Vormittags ein Festmal, und trinkt ein eigens gebranntes Braumbier. Die Christbescherung geschieht durch einen während der Abendmalzeit plötzlich eintretenden verhüllten Mann mit einem großen Korbe voll Geschenken. Die Kinderstuben sind mit bunten Lichtern erleuchtet und es sind Süßigkeiten auf den Tischen in Pyramidenform aufgehäuft. Ein Ueberrest der katholischen Witternachtsmesse ist vielleicht noch der tief in die Nacht sich erstreckende protestantische Gottesdienst.

hodki iz njih mnoge obcnokoristne zavode prav iz novega ustanoviti, druge že obstoječe take zavode pa bogato podpirati.

To pričajo občne bolnice (hiše za bolne) v Linu, Požunu (Presburgu) in Zagrebu, blaznice ali norišnice na Erdeljskem, na Ogorskem, Stajerskem, Koroškem, Kranjskem, Tirolskem in v Galiciji, in pa otroške bolnice na Dunaji in v Pragi, kakor tudi vojaški pokopališči v Karlovih Varah in Pešanih, in mnoga na novo založena štipendijska mesta za nepremožne sirote hčere c. k. oficirjev, vojaških strank in vojaških uradnikov i. t. d.

Zdanja XI. državna dobrodelna loterija, ki je založena z bogatimi dobitki vsega skup s 300.000 gld., pri kateri velja en los samo 2 gld. 50 kr. in ki ima vzdigovanje trdno in nepreklicno že 19. marca (sušea) 1868, podaja blagoselnim ljudomilom, kakor tudi tistem, ki bi radi svojo srečo poskušali, vnovič priliko, da nakupivši lozov pripomorejo k pospešbi Njegovega c. kr. apostolskega Veličanstva preblagih namenov.

Podpisani se obrača z enakim zaupanjem kakor pri poprejšnih državnih loterijah za obcnokoristne reči, tudi sedaj na vse plemenitočutne ljudomile in prijatelje loterijske igre, ter se nadja, da se bodo tudi XI. loterije živo poprijeli.*

Na Dunaji, dne 15. decembra 1867.

Kajo pl. Wellenheim m. p.,

Viši finančni svetovalec in voditelj c. kr. ravnavstva loterijskih dohodkov.

* Osnutek igre je natisnjen v današnjemu uradnemu listu. Opom. vred.

Paibach, 23. December.

Der gestrige Tag ist durch die Publication der neuen Verfassungsgeetze ein für jeden guten Oesterreicher unvergeßlicher geworden. Oesterreich tritt in die Reihe der constitutionellen Staaten mit der breitesten Grundlage staatsrechtlicher Geetze, welche ihren Ursprung der freien Vereinbarung beider Reichshälften, und ihre formelle Vollendung der freien Discussion zu danken haben. Sie sind somit Producte des Volkswillens in wahrem Sinne. Die Fundamentalfälle des Verfassungsrechtes, das Recht der Steuer- und Rekrutenbewilligung, der jährlichen Budgetvotirung und der Ministeranklage sind in unserer Verfassung vollständig anerkannt und gesichert.

Eben so finden sich die allgemeinen, staatsbürgerlichen und die nationalen Rechte im Sinne der gesetzlichen Gleichberechtigung verbürgt. Nur bezüglich der Vertretung im Reichstage mußte den besonderen Verhältnissen unseres Vaterlandes Rechnung getragen werden und im Hinblick auf die historische Berechtigung der einzelnen Länder und deren nationale Gestaltung mußte die indirecte Wahl der Volksvertreter aus den Landtagen in den Reichsrath beibehalten werden.

Das Ausgleichswerk hat allmählig alle seine Gegner entwaffnet und zu seinen begeisterten Freunden gemacht. Der Gedanke des Dualismus, anfangs so heftig bekämpft und angegriffen, wird jetzt allgemein als der allein rettende anerkannt. So äußert sich das Organ des liberalen Bürgerthums, das „Frdblt.“ in einem auf die Publication der Verfassungsgeetze Bezug nehmenden Leitartikel:

Wir haben vollen Grund, mit der aufrichtigsten Befriedigung auf die Verfassung zu blicken, so weit die-

Alle andern Weihnachtsbräuche überstrahlt an wahrer, echter, heiliger Poesie der deutsche Weihnachtsbaum mit den vielen flammenden Lichtern und den mannigfachen Gaben des Christkindleins. Kinder werden durch ein Kind beglückt, welcher schöne Gedanke, so ganz entsprechend der göttlichen Menschenliebe, welche sagt: Lasset die Kindlein zu mir kommen! Freue sich also, wer noch den Sinn für die reine selbstlose Freude des Beglückens Anderer bewahrt hat, an der Freude der Kleinen! So verjüngt und stärkt sich das Herz in der Sabbathstille des heiligen Tages für die harten Kämpfe und Mühen des Lebens. Es ist eine Zeit der stillen Einkehr, reich an Gedanken über Zeit und Leben, über Werden und Vergehen, über Menschenbestimmung und Schicksal. Die Natur trägt ihr Leichentuch, unter dem die Keime schlummern zur einstigen Auferstehung, und über diesem weiten stillen Leichentuch funkeln die Sterne der göttlichen Verheißung. Mag auch rings auf der Erde Streit und Zwietracht entbrennen, in diesen stillen Stunden verklingt ihr Lärm, wie das Rauschen der Blätter im Walde und tiefe Ruhe umfängt das hoffende Herz. Mahnt es uns doch, wie das zur Rüste gehen nach langer Arbeit, wie erquickender Schlummer mit süßen Träumen, „das nährendste Gericht im Fest des Lebens“ und so rufen wir denn allen unsern Freunden eine fröhliche Weihnacht! zu. Möge ihnen das schöne Fest reine ungetrübte Freude bescheren, mögen sie dabei der Armen gedenken, welchen kein Christbaum leuchtet und sowie unlängst in nachahmenswerther Weise geschehen, diese armen trauernden Herzen erfreuen durch eine milde Gabe; der Herr wird es ihnen vergelten, nach den Worten der Schrift: Und was ihr dem Geringsten der Menschen thut, das will ich so ansehen, als hättet ihr es mir gethan!

selbe jetzt das öffentliche Leben in der diesseitigen Reichshälfte ordnet und regelt, so fern durch diese Verfassung endlich der Rechtsboden geschaffen wird, auf dem der Staatsbürger sein materielles und geistiges Wohl in freier Thätigkeit zu gründen vermag. Aber auch im Hinblick auf die gesammte Reichsorganisation, im Hinblick auf unser Verhältniß zu Ungarn und zu den einzelnen Königreichen und Ländern der diesseitigen Reichshälfte glauben wir ohne Besorgniß vor neuen Enttäuschungen und bitteren Erfahrungen das heutige Verfassungswerk betrachten zu dürfen. Es wurde von ungarischer Seite zwar die möglichste Selbstständigkeit der Landesverwaltung gewahrt, aber auch für die einheitliche Gesamtleitung der Staatsgeschäfte und für die Aufrechterhaltung der gemeinsamen Verbindlichkeiten wurden sehr wesentliche Zugeständnisse gemacht. Hierbei wird allerdings die Praxis des neuen staatsrechtlichen Apparates weit entscheidender sein als die jetzt vereinbarte gesetzliche Norm, und es wird alles in allem davon abhängen, ob die Eintracht und der opferwillige Sinn und das gemeinsame Streben für das Reichwohl fortan durch das constitutionelle Zusammenwirken der beiden Vertretungen noch weitere Fortschritte machen werden und ob jener reichseinheitliche Gedanke, der in früheren Jahren gewaltsam octroirt werden sollte, nimmehr von selbst aus der Nothwendigkeit der Verhältnisse und aus der klaren Ueberzeugung der einzelnen Reichstheile heraus sich entwickeln werde. Ist dies der Fall, wie wir aufrichtig hoffen, dann wird auch das dualistische System sich als jenes staatsrettende Werk bewähren, als welches es nimmehr nach all den vorausgegangenen unglücklichen Experimenten, durch die entschlossene Leitung und die vermittelnde Hand des derzeitigen Reichskanzlers in's Leben gerufen wurde. Es wäre vergebliches Mühen, heute noch darüber zu speculiren, ob diese Staatsform, wie sie heute verfassungsmäßig besteht, die beste, die heilsamste für Oesterreich sei. Sie ist die beste, weil jede andere unter den Verhältnissen der Gegenwart unmöglich und undurchführbar ist. Und es wäre daher auch ein freventliches Beginnen, wollte man dem nun lebendig werdenden Verfassungssysteme geistlich Hindernisse und Hemmnisse bereiten. Denn mit dem Sturze dieses Systems, mit dem Stillstand des neuen Verfassungswerkes würde auch der ganze Reichsorganismus zum Stillstand kommen, würde die Staatsexistenz sofort auf das Tiefste erschüttert, würde Oesterreich neuerdings in das Chaos der Verfassungswirren zurücksinken und den inneren und äußeren Feinden zur Beute werden.

Wir aber glauben an den Bestand, an das Aufblühen Oesterreichs, wir glauben daran trotz aller feindseligen, im Finstern schleichenen Machinationen seiner inneren und äußeren Feinde, wir glauben daran, weil wir wissen, daß auf die Nacht der Tag folgen muß, der Tag, der alle fruchtbaren Keime entfalten und zur Blüthe bringen wird!

24. Sitzung des Herrenhauses

vom 20. December.

Auf der Ministerbank: Se. Excellenz der Herr Minister Freiherr v. Becke.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 50 Min.

Schriftführer Sectionschef v. Hofmann verliest das Protokoll. Dasselbe wird als richtig anerkannt.

Ministerialrath Rubin verliest die Einläufe. Fürst Jablonowski und Graf Blome überreichen Petitionen für Aufrechterhaltung des Concordates, Hofrath Hasner und Graf Anton Alex. Auerberg solche im entgegengegesetzten Sinne.

Werden der betreffenden Commission zugewiesen. Der Berichterstatter der Commission zur Verathung des finanziellen Ausgleiches mit Ungarn, Freiherr v. Hock, ergreift das Wort zum § 5 des bezüglichen Gesetzentwurfes, betreffend die Verwaltung und Controle der Staatsschuld.

Oberlandesgerichtsrath Strohnowski zeigt an, daß er seine Wahl zum Mitgliede des Staatsgerichtshofes annehme.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Präsident bringt zunächst den gestern in suspension gelassenen § 5 des Staatsschuldengesetzes in Verhandlung.

Berichterstatter Frh. v. Hock erklärt, daß zwischen den beiderseitigen Ministerien eine Differenz über den Text des Art. 5 entstanden ist, diese jedoch nimmehr glücklich gelöst sei.

Die Commission schlägt folgende neue Textirung dieses Paragraphs vor:

Die in Staatsnoten und Münzscheinen bestehende schwebende Schuld von zusammen 312 Millionen Gulden wird unter die solidarische Garantie beider Reichstheile gestellt.

Da ferner die auf den Salinen Grundbesitz, Aufsee und Hallen eingelegten Hypothekarscheine im Betrage von 100 Millionen Gulden, für deren Zinsen und Amortisation der Antheil Ungarns bereits unter den in § 1 und 2 festgesetzten fixen Jahresbeiträgen begriffen ist, mit dem Umlaufe der Staatsnoten in der Art in Verbindung gebracht sind, daß die Summe der Hypothekarscheine und der Staatsnoten zusammen genommen 400 Millionen Gulden nicht übersteigen darf, dabei aber in-

nerhalb dieser Maximalgrenze die jeweilige Verminderung im Stande der Hypothekarscheine durch Staatsnoten in der Circulation zu ersetzen ist, so wird diese Garantie der beiden Reichstheile auch auf die aus diesem Verhältnisse hervorgehende eventuelle Vermehrung der Staatsnoten ausgedehnt.

Zede anderweitige Vermehrung der in Staatsnoten oder Münzscheinen bestehenden schwebenden Schuld so wie die Maßregeln zu ihrer künftigen Fundirung können nur im gegenseitigen Einvernehmen der beiden Ministerien und unter Genehmigung der beiden Legislativen (Reichsrath, Reichstag) stattfinden.

Zur Begründung erwähnt Berichterstatter, daß das dritte Alinea dieser neuen Textirung mit der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen übereinstimmt.

Das erste Alinea enthält einige wesentliche Verbesserungen des Textes, indem nämlich außer den Staatsnoten auch noch der Münzscheine Erwähnung gethan wird, hinsichtlich welcher des Wortes wegen ein Zweifel entstehen konnte, ob auch die Garantie der beiden Reichshälften auf diese sich bezieht.

Die zweite wesentliche Verbesserung besteht darin, daß die Summe der bestehenden Staatsnoten im Betrage von 312 Millionen namhaft gemacht und fixirt ist, was gewiß zur Feststellung der gegenseitigen Verpflichtungen beiträgt.

Was das zweite Alinea betrifft, so ist zunächst hervorzuheben, daß nach dem Gesetze vom 25. August 1866 die sogenannten Salinenhypothekarscheine in engste Verbindung mit den bestehenden Staatsnoten gebracht worden sind; in dem Maße nämlich, als die Salinenscheine sich vermehren, müßte die Summe der Staatsnoten vermindert werden, aber auch im umgekehrten Falle in dem Maße als die Salinenscheine aus dem Verkehr zurückkehren, ist es gestattet — und es wird bei den gegenwärtigen Finanzverhältnissen auch wahrscheinlich Gebrauch davon gemacht werden — daß eine der Verminderung entsprechende Summe von Staatsnoten ausgesetzt wird. Es ist daher möglich, daß über die im Alinea 1 unter der Garantie beider Reichshälften gestellte Summe 312 Millionen, vielleicht noch mehr Staatsnoten in Umlauf gesetzt werden müßten. Bei der Zweideutigkeit des Ausdruckes „bestehende Staatsnoten“ konnte ein Zweifel entstehen, ob auch auf dieses Superplus sich die beiderseitige Garantie ausdehne.

Um diesen Zweifel vollständig zu beseitigen, wird am Schlusse des Alinea 2 ausdrücklich gesagt, daß die Garantie der beiden Reichshälften sich auch auf die aus dem Verhältnisse zwischen den Staatsnoten und den Salinenscheinen hervorgehende eventuelle Vermehrung der Staatsnoten beziehe.

Dieser Beisatz ist ein solcher, der dem öffentlichen Credite zum wesentlichen Vortheile gereicht. Aber auch dieser Ausdehnung der Garantie beider Reichshälften ist wieder ein Verhältniß zwischen beiden Reichshälften selbst entstanden, welches in diesem Alinea einen klaren Ausdruck finden muß.

Ungarn hat nemlich einen fixen Beitrag zur Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld zu tragen. In diesem Betrage zur Verzinsung der Staatsschuld ist auch ein Beitrag für die Verzinsung dieser Salinenscheine enthalten.

Wenn daher die Summe der Salinenscheine sich im Laufe der Zeit dadurch ändern sollte, daß ein Theil derselben aus dem Verkehr zurückfließt und statt derselben Staatsnoten ausgegeben werden müßten, so tritt daselbe Verhältniß auch hinsichtlich einer solchen eventuellen Vermehrung ein.

Der fixe Beitrag Ungarns zur Verzinsung der Staatsschuld kann und darf nicht dadurch verändert werden, daß statt eines Theiles dieser Salinenscheine unverzinsliche Staatsnoten ausgegeben werden; das Gleiche findet im umgekehrten Falle statt, falls die Staatsnoten sich vermindern, die Salinenscheine sich vermehren sollten.

Es handelt sich also darum, dieses durch Annahme der Art. 1 und 2 des Uebereinkommens acceptirte Rechtsverhältniß klar auszudrücken. Aus diesem Grunde empfiehlt sich die Annahme des Alinea 2.

Nach einer Befürwortung des § 5 durch den Finanzminister wird der Paragraph angenommen und das ganze Gesetz in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Das Quotengesetz wird hierauf ebenfalls in dritter Lesung zu Beschluß erhoben.

Freiherr v. Hock erstattet hierauf den Bericht über den Gesetzentwurf betreffend das Zoll- und Handelsbündniß mit den Ländern der ungarischen Krone. Die Commission stellt den Antrag, dem Gesetzentwurfe in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung die Zustimmung zu ertheilen. Die Commission beantragt weiter:

Das Herrenhaus möge beschließen, die Regierung zu ersuchen, auch hinsichtlich der Freizügigkeit und Gleichberechtigung der Bürger der einen Reichshälfte in der anderen und über den engen Zusammenhang und die gegenseitige Unterstützung der Rechtspflege in den beiden Reichshälften ein Uebereinkommen mit der Regierung der Länder der ungarischen Krone im verfassungsmäßigen Wege zu Stande zu bringen.

Das Gesetz sowohl, als auch der weitere Antrag

der Commission werden ohne Debatte angenommen und erstens sogleich in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Finanzcommission über das Gesetz betreffend die Darlehensangelegenheit der Stadt Brody.

Graf Wickenburg erstattet den Bericht. Die Commission beantragt, dem Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus angenommenen Fassung beizutreten.

Eine Debatte hierüber findet nicht statt und wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung sogleich zum Beschluß erhoben.

Weiter referirt Baron Krauß über die Petition der Rechtspractanten und Auscultanten in Wien, Salzburg und Graz, um Bethelung mit Adjuten resp. Erhöhung derselben.

Die Commission beantragt, diese Petition dem Justizministerium zur entsprechenden Amtshandlung, und zwar zur thunlichsten Berücksichtigung abzutreten. (Wird angenommen.)

Die Tagesordnung ist erschöpft. Präsident bestimmt die nächste Sitzung für den Sonntag, den 22. d. M., 7 Uhr Abends.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Min.

25. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe, Freiherr v. Becke, Freiherr v. John, Ritter v. Hye.

Präsident Fürst Karl Auerberg eröffnet die Sitzung um 7 Uhr 45 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Se. Excellenz Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr v. Beust macht dem Hause die Mittheilung von der erfolgten Allerhöchsten Sanction des Gesetzes über die Reichsvertretung, der Staatsgrundgesetze und des Gesetzes über die Delegationen.

Freiherr v. Pipitz erstattet hierauf den Bericht der Finanzcommission über das Gesetz betreffend die Forterhebung der Steuern und die Vesteuerung des Staatsaufwandes im ersten Quartal 1868.

Die Commission beantragt, das hohe Haus wolle dem Gesetze seine Zustimmung ertheilen.

Das Gesetz wird in seinen einzelnen Theilen ohne Debatte angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Weiterer Gegenstand ist die Wahl der auf das Herrenhaus entfallenden 20 Mitglieder der Delegation.

Das Resultat der Wahl ist folgendes:

Abgegeben wurden 70 Stimmzettel. Gewählt wurden: Fürst Colloredo (69), Freiherr v. Pipitz (68), Ritter v. Schmerling (68), Freiherr v. Hock (67), Graf Anton Auerberg (66), Graf Czartorwski (66), Fürst Jablonowski (66), Erzbischof Litwinowicz (66), Graf Alex. Mensdorff (66), Graf Mercandin (66), Altgraf Salm (65), Graf Wickenburg (65), Graf Wrba jun. (65), Freiherr v. Dobhoff (64), Freiherr v. Richtenfels (64), Cardinal Rauscher (64), Freiherr v. Mertens (63), Graf Goss (59), Fürst Adolf Schwarzenberg (55), Fürst Hohenlohe (57).

Es wird hierauf zur Wahl von 10 Ersatzmännern geschritten. Das Ergebnis dieser Wahl ist folgendes:

Abgegeben wurden 66 Stimmzettel; gewählt wurden: Graf Chotek (65), Graf Gleibach (64), Freiherr v. Komarsky (64), Ritter v. Hanslab (63), Graf Lodron (63), Freih. v. Neher (63), Fürst Fürstenberg (62), v. Maher (60), Ritter v. Schöller (59), Graf Blome (57).

Freiherr v. Hock referirt hierauf für die Finanzcommission über das Gesetz betreffend die Herabsetzung der Exportbonification bei Zucker und Spiritus und die Menderung der Besteuerung der kleineren Brennerien.

Das Gesetz wird in seinen einzelnen Theilen ohne Debatte angenommen und in dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter Freiherr v. Hock theilt noch mit, daß zwei Petitionen, welche in dieser Angelegenheit an die Finanzcommission geleitet wurden, durch Annahme dieses Gesetzes erledigt erscheinen.

Se. Exc. Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr v. Beust theilt sodann in derselben Weise, wie in dem Abgeordnetenhaus den bevorstehenden Zusammentritt der Delegationen und die Allerhöchste Ermächtigung zur Vertagung des Reichsrathes mit.

Präsident schließt hierauf die Sitzung um 10 Uhr. Der Tag der nächsten Sitzung wird auf schriftlichem Wege bekannt gegeben werden.

67. Sitzung des Abgeordnetenhauses

am 20. December.

(Schluß.)

Abg. Petrino stellt den Antrag, die Verathung bis zum Wiederzusammentritt des Reichsrathes zu vertagen. Das Gesetz (über die Rückvergütung der Steuer von Branntwein etc.) wird von den Abg. Kremer, Figuly, Plener, Herbst und dem Referenten Hopfen vertheidigt. Die einzelnen Artikel riefen keine Debatte mehr hervor und das Gesetz wurde beinahe einstimmig genehmigt. (Wir haben dieses Gesetz in Nr. 293

unseres Blattes bereits veröffentlicht und bemerken daher nur, daß dasselbe mit 1. April 1868 in Kraft zu treten hat.)

Der Präsident bestimmt als nächsten Sitzungstag morgen 10 Uhr und stellt auf die Tagesordnung die im Herrenhause in Verhandlung befindlichen eventuellen Abänderungen an dem Staatsschuldengesetze, ferner Berichte des volkswirtschaftlichen und Petitions-Ausschusses.

Der Präsident bemerkt weiter, daß man mit Rücksicht auf die bevorstehende längere Vertagung des Hauses Sonntag werde Sitzung halten müssen.

Abg. Dr. Daubed fragt, ob es nicht angezeigt wäre, am Samstag eine Abend Sitzung zu halten, weil sonst die Zeit zu kurz würde, um rechtzeitig zu den Weihnachtsfeiertagen eintreffen zu können.

Der Präsident erwidert: Die Wichtigkeit der dem Reichsrathe noch zur Erledigung obliegenden Fragen dürfte bei den Meisten den Entschluß aufrecht erhalten, auch noch den Sonntag Vormittag den Geschäften des Reiches zu opfern, welche Worte die Zustimmung des Hauses finden.

68. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 21. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. John, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 25 Minuten.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird vorgelesen und genehmigt.

Das Präsidium des Herrenhauses theilt in einer Zuschrift die von diesem Hause in der gestrigen Sitzung gefassten Beschlüsse mit, darunter den im Gesetze über die Staatsschuld in geänderter Fassung angenommenen § 5.

Präsident theilt mit, daß er die letztere Zuschrift gestern dem Verfassungsausschusse zumittelte, welcher bereit ist, heute schon darüber Bericht zu erstatten.

Es kommt ferner eine Zuschrift des hohen Finanzministeriums zur Verlesung, mit welcher dasselbe eine Denkschrift, betreffend die seit der letzten Session verliehenen Eisenbahnconcessionen übermittle.

Die eingelaufenen Petitionen werden den betreffenden Ausschüssen zugewiesen.

Se. Excellenz Kriegsminister Freiherr v. John beantwortet die Interpellation wegen Zahlung der Kriegsentwähigung für die Festung Theresienstadt durch Nachweisung der geschehenen Anweisung.

Es wird zur Tagesordnung geschritten.

Dr. Brestl referirt über den in der gestrigen Sitzung von dem Herrenhause angenommenen § 5 des Staatsschuldengesetzes und empfiehlt denselben im Namen des Verfassungsausschusses zur Annahme.

Da sich niemand zum Worte meldet, wird sogleich zur Abstimmung geschritten und § 5 übereinstimmend mit der vom Herrenhause beschlossenen Textirung angenommen.

Es folgen Berichte des volkswirtschaftlichen Ausschusses über Petitionen.

Abg. Dr. Vanhans referirt über die Petition der Privatingenieure Böhmens um Durchführung der Organisation des Staatsbaudienstes. Der Antrag des Ausschusses, diese Petition dem Ministerium des Innern zur eingehendsten Berücksichtigung und baldigsten Erledigung zu empfehlen, wird angenommen.

Derselbe Abgeordnete referirt weiter über die Petition des Vorschubbankvereines in Rumburg, des Aushilfscaffenvereines in Laibach und des Vorschubvereines für die Gewerbetreibenden in Wien, „Fels“, um Veranlassung, daß allen Volksparsbanken, respect. Vorschubcreditvereinen, dieselbe Befreiung der Steuer- und Stempelabgaben zukommen möge, wie den concessionirten Sparcassen.

Der Ausschuss beantragt, es seien diese Petitionen dem k. k. Finanzministerium gemeinschaftlich mit dem Handelsministerium zu übergeben.

1. damit das Finanzministerium ehestens ein Gesetz zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlege, durch welches alle Volksparsbanken und Vorschubcreditvereine, die durch Spareinlagen ihrer Mitglieder gebildet werden und nur diesen Mitgliedern zeitweilige Unterstützungen gewähren, dieselbe Stempel- und Gebührenbefreiung zukomme, wie den concessionirten Sparcassen;

2. damit das Handelsministerium dem Abgeordnetenhaus ehestens ein Gesetz betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zur verfassungsmäßigen Behandlung vorlege, wodurch zugleich die Frage, ob und inwieweit dieselben zur Gewerbe- und Einkommensteuer heranzuziehen seien, zur Entscheidung zu kommen hat.

Abg. Dr. Toman ersucht die Petition des Aushilfscaffenvereines vollständig vorzulesen.

Berichterstatter Dr. Vanhans verliest die Petition.

Abg. Dr. Toman erklärt, es sei de lege lata nicht gerechtfertigt, diesen Vorschubcassen die Stempel- und Steuerpflicht aufzuerlegen, und er halte es im Interesse dieser wohlthätigen Institute für geboten, eine gleiche Norm wie bei den Sparcassen für dieselben eintreten zu lassen. Deshalb beantragt Redner, das h. Haus wolle beschließen, die vorliegenden Petitionen der h. Regierung mit der Bitte abzutreten, dieselbe wolle die bezüglichen

Steuerorgane anweisen, die Aushilfscaffen und Sparvereine gleich den Sparcassen hinsichtlich der Einlagsbücher, der für die einzelnen in diesen Büchern bestellten Einlagen und der Geschäftsbücher stempelfrei und hinsichtlich des Reservefonds äquivalentgebührenfrei zu behandeln. (Unterstützt.)

Abg. Freih. v. Pratobevera findet den eben gestellten Antrag in formeller Beziehung zu weit gehend, indem derselbe bereits den Inhalt des Gesetzes, zu dessen Vorlage das Ministerium aufgefordert werden soll, skizzirt. Durch Annahme des Antrages Toman würde das hohe Haus über das Meritum des Gesetzes bereits beschließen und dem Ministerium nur die Formulierung überlassen. Um diesen präjudicirlichen Beschluß zu verhindern, beantragt Redner, das h. Haus wolle beschließen: „Es seien die vorliegenden Petitionen dem k. k. Finanzministerium gemeinschaftlich mit dem Handelsministerium zu übergeben mit dem Ersuchen, daß ehestens ein Gesetz vorgelegt werde, in welchem die Frage, inwieweit allen Volksparsbanken und Vorschubcreditvereinen, welche durch Spareinlagen ihrer Mitglieder gebildet werden und nur diesen Mitgliedern zeitweilige Unterstützungen und Vorschüsse gewähren, dieselbe Stempel- und Gebührenfreiheit zukomme, wie den concessionirten Sparcassen, zur definitiven Lösung gebracht wird.“

Abg. Dr. Toman meint, ein solcher Antrag, wie der eben vom Freiherrn v. Pratobevera gestellte, könnte auch, ohne daß eine Petition in positiver Richtung Anlaß gegeben hat, im Hause eingebracht werden. Allerdings sei es mißlich, wenn das Parlament entscheiden solle, was de lege lata Rechtens sei, aber gewiß sei es, daß das Haus beschwerde, welche in Betreff Gesetzesübertretungen eingebracht werden, erledigen müsse.

Berichterstatter Dr. Vanhans weist auf den Unterschied, der zwischen den Sparcassen und den Vorschubvereinen besteht, hin und glaubt, den letzteren würde durch die Annahme des Toman'schen Antrages kein guter Dienst erwiesen werden. Wesentliches werde man diesen leisten, wenn man die Regierung ersucht, sie möge in dieser Richtung ein Gesetz erlassen und in demselben aussprechen, ob und inwieweit den Vorschubvereinen und Sparcassen die Stempelfreiheit zukomme. Er (Redner) werde für eine solche Vorlage, wenn sie im Hause eingebracht wird, gewiß stimmen.

Der Antrag Pratobevera bringt den ersten Theil des Ausschußantrages nur in einer präciseren Fassung, weshalb er sich im Namen des Ausschusses demselben anschließen. Den zweiten Theil des Ausschußantrages könne er dem Hause nur aus wärmster zur Annahme empfehlen. Ein solches Gesetz sei ein Lebensbedürfnis für die arme Bevölkerung; wenn das Haus dem zweiten Ausschußantrage beipflichte und dadurch das Insistiren von Vorschubvereinen erleichtere, so wird es für die arme Bevölkerung sehr viel gethan haben, und durch diese Beschlüsse derselben eine willkommene Weihnachtsgabe bieten. (Beifall.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Pratobevera, so wie der zweite Theil des Ausschußantrages angenommen.

Präsident theilt eine Zuschrift des Finanzministers mit, wodurch der Gesetzentwurf wegen Veräußerung von Staatsgütern, vorbehaltlich der Wiedervorlage, zurückgezogen wird.

Präsident gibt weiter eine Zuschrift des Obmannes des Straßengesetzes Ausschusses bekannt, nach welcher dieser Ausschuss die erste Lesung des Straßengesetzes mit Ausnahme des Einführungsparagraphen beendet hat, und daß in der nächsten Sitzung, die sogleich nach den Festtagen stattfinden wird, die Verathung über das Einführungs-gesetz beginnen wird. Diese Mittheilung sei insoweit von Wichtigkeit, als bei der zweiten Lesung des Gesetzes Mitglieder des Hauses an den Verathungen theilnehmen können.

Präsident proponirt die nächste Sitzung für morgen (Sonntag) 9 Uhr Vormittags, stellt auf die Tagesordnung: Voraussetzliche Mittheilungen über die Vertagung der Sitzungen, und ersucht noch um die Ermächtigung, diese Tagesordnung mit jenen Gegenständen zu amplificiren, die sich bis zur morgigen Sitzung als Gegenstände der Tagesordnung ergeben dürften.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.

69. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 22. December.

Auf der Ministerbank: Ihre Excellenzen die Herren Minister Freiherr v. Beust, Graf Taaffe, Freiherr v. Becke, Ritter v. Hye.

Präsident Dr. Giskra eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 30 Minuten.

Präsident: Se. Excellenz der Herr Reichskanzler hat das Wort gewünscht.

Se. Excellenz Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr v. Beust: Dem hohen Hause habe ich die Ehre zur Kenntniß zu bringen, daß Se. k. k. apostolische Majestät (die Versammlung erhebt sich) den nachbenannten Staatsgrundgesetzen, als dem Gesetze wegen der Reichsvertretung, dem Gesetze wegen der Behandlung der sämtlichen Ländern der Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten, dem Gesetze betreffend die Rechte der Staatsbürger, dem Gesetze betreffend die richterliche Gewalt, dem

Gesetze betreffend die Vollzugsgewalt, dem Gesetze wegen Einsetzung eines Reichsgerichtes — wie solche aus den Beschlüssen beider hohen Häuser hervorgegangen sind — und endlich auch dem Gesetze die allerhöchste Sanction zu ertheilen geruhten, wonach sämtliche eben genannte Staatsgrundgesetze mit der Publication sofort in Wirksamkeit treten.

Es sind demnach in dem heute ausgegebenen Reichsgesetzblatte diese Gesetze sämtlich erschienen und treten daher mit dem heutigen Tage in Wirksamkeit. (Beifall.)

Präsident richtet mit Rücksicht auf die nothwendige Neuwahl des Präsidiums Abschiedsworte an die Versammlung und schließt: Erhebend wirkt wohl bei dem Blicke in die Zukunft die Vorstellung, daß an der Spitze unseres Reiches ein gütiger Fürst herrscht, der, wie er keinen Augenblick geögert hat, den von beiden Häusern beschlossenen Gesetzen die Allerhöchste Sanction zu ertheilen, gewiß nie anstehen wird, zu jeder Zeit den durch die legale Vertretung der Völker hervortretenden berechtigten Wünschen und Bedürfnissen der Völker zu willfahren. (Beifall.)

Möge so das Werk, dessen Inslebentreten einen Wendepunkt in der Geschichte von Oesterreich bildet, dem Reiche zum Segen, dem Fürsten zum Ruhme und zur Ehre und den Völkern zum Heile gereichen. (Bravo! Bravo!)

Wir aber alle, meine Herren, rufen aus vollem Herzen in diesem Momente: „Es lebe der Kaiser!“

(Das Haus erhebt sich unter dreimaligen begeisterten Hochrufen.)

(Der Präsident Dr. Giskra und die beiden Vicepräsidenten verlassen ihre Sitze und Abg. Freiherr von Zeidler bestiegt den Präsidentenstuhl.)

Reichskanzler Freiherr v. Beust verläßt die Ministerbank und nimmt seinen Sitz als Abgeordneter in der ersten Bank des Centrums ein.

Alterspräsident Freiherr v. Zeidler ladet nach einigen einleitenden Worten das Haus ein, zur Wahl des neuen Präsidenten nach der neuen parlamentarischen Weise zu schreiten und die Stimmzettel abzugeben.

Es wird nun zur Abgabe der Stimmzettel für die Wahl des Präsidenten geschritten.

Abgegeben werden 134 Stimmzettel, davon erhalten Abg. Dr. Giskra 133 Stimmen (lebhafter Beifall), Abg. Ritter v. Hopfen 1 Stimme.

Dr. Giskra übernimmt den Vorsitz.

Präsident Dr. Giskra: Das h. Haus hat durch die eben vollzogene Wahl mir wieder einen neuerlichen Beweis seiner ganz außerordentlichen Güte gegeben.

Ich danke Ihnen, meine Herren, und ich werde es nicht nur als einen der erfreulichsten Momente meines Lebens im Gedächtnisse behalten, daß mir ein solcher Act des Vertrauens entgegengekommen, sondern ich werde auch, so lange ich auf diesem Plage bin, bemüht sein, nach denselben Grundfäden wie bisher, und die ich früher auszusprechen habe, meine Pflicht zu wahren. (Beifall von allen Seiten und Händeklatschen.)

Wir schreiten nun zur Wahl der beiden Vicepräsidenten.

Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt. Abgegeben werden 130 Stimmzettel; davon erhalten für die Stelle des ersten Vicepräsidenten Abg. Ritter v. Hopfen 125 Stimmen (lebhafter Beifall), Abg. Dr. v. Waser 4 Stimmen, Dr. Ziemialkowski 1 Stimme; für die Stelle des zweiten Vicepräsidenten Abg. Dr. Ziemialkowski 127 Stimmen (lebhafter Beifall), Abg. Dr. v. Waser 2 St., Graf Potocki 1 Stimme.

Präsident: Ich ersuche nun die beiden gewählten Vicepräsidenten, ihre Plätze einzunehmen. (Erfolgt.)

Präsident: Kraft der mir gestern ertheilten Ermächtigung habe ich als Gegenstände der heutigen Tagesordnung anzusetzen befunden: den Bericht des Budgetausschusses über den Gesekentwurf betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1868, dann die Delegationswahl.

Ich ersuche den Berichterstatter das Wort zu nehmen.

Berichterstatter Adler v. Plener erstattet den Bericht und stellt im Namen des Ausschusses den Antrag, das h. Haus wolle dem Gesekentwurf, betreffend die Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann die Bestreitung des Staatsaufwandes für die Zeit vom 1. Jänner bis Ende März 1868, seine Zustimmung ertheilen.

Die Generaldebatte wird eröffnet.

Abg. Dr. Rechbauer erklärt, daß die politische Nothwendigkeit für das Gesetz vorliege, er und seine Freunde können jedoch nur im Vertrauen auf das neu zu bildende Ministerium in das Gesetz willigen.

Die Generaldebatte ist geschlossen und wird hierauf das Gesetz in seinen einzelnen Theilen in zweiter und dritter Lesung zum Beschluß erhoben.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl der Delegirten. Die Abgabe der Stimmzettel erfolgt in der Art, daß die Abgeordneten jedes einzelnen Kronlandes nach erfolgtem Namensaufruf ihre Stimmzettel abgeben. Das Wahleresultat ist folgendes:

Von den Abgeordneten Krains werden 6 Stimmzettel abgegeben; gewählt erscheint Dr. Toman (mit 4 Stimmen), als Ersatzmann Svetec.

(Se. Excellenz Freiherr v. Beust nimmt seinen Platz auf der Ministerbank ein.)

Präsident: Die Tagesordnung ist erledigt, der Reichskanzler wünscht das Wort.

Se. Excellenz Reichskanzler, Ministerpräsident Freiherr v. Beust: Nachdem mit Rücksicht darauf, daß die Einberufung der Delegationen sich in nächster Zeit nothwendig macht und dieselbe bald nach Neujahr in Aussicht genommen ist, zugleich aber auch sich die Nothwendigkeit herausstellt, daß den Delegationen volle Zeit gegeben werde, sich ausschließlich, wenigstens in der ersten Zeit, mit den ihnen zugewiesenen Arbeiten zu beschäftigen, so bin ich Allerhöchster Ermächtigung zufolge im Falle, der hohen Versammlung zu eröffnen, daß eine Vertagung eintreten muß und diese der Allerhöchsten Bestimmung gemäß bis zum 29. Jänner 1868 zu dauern hat.

Präsident: Nach der eben erfolgten Eröffnung der kaiserlichen Regierung ist der nächste Sitzungstag voraussichtlich der 29. Jänner 1868. Die Tagesordnung läßt sich gegenwärtig kaum bestimmen, ich erlaube mir deshalb, das Haus zu bitten, dem Präsidium die Ermächtigung zu ertheilen, die Tagesordnung für diese nächste Sitzung festzustellen. (Hiegegen wird kein Einwand erhoben.)

Ich erkläre daher die heutige Sitzung für geschlossen. Schluß der Sitzung 12 Uhr.

Oesterreich.

Wien, 20. December. (Der k. sächsischen Oberberghauptmann Ferdinand Freiherr v. Beust) soll, wie die „W. Z.“ hört, berufen sein, die Leitung des österreichischen Montanwesens zu übernehmen. Jeder Fachmann — so fährt unsere Quelle fort — dem es gegönnt war, das Wirken dieses Mannes in der Nähe zu betrachten, wird die Bestätigung der Nachricht mit lebhaftester Befriedigung vernehmen. Es ist bekannt, mit welchen Schwierigkeiten die Bergindustrie Sachsens zu kämpfen hat, Schwierigkeiten, welche theils in der so bedeutenden Tiefe der Gruben, theils in dem sinkenden Werth der edlen Metalle bei steigenden Arbeitslöhnen begründet sind. Freiherr v. Beust wußte als Chef der sächsischen Staatswerke den Betrieb der Hütten in einer Weise zu vervollkommen, daß auch arme Erze des In- und Auslandes in Freiberg mit Vortheil verwertet werden konnten, er führte die Benützung von bisher werthlosen Nebenproducten des Bergbaues trotz vieler Schwierigkeiten glücklich durch. Da nach der damaligen Organisation die Staatsbehörde auch die Oberaufsicht über die Privatwerke zu führen hatte und durch die Verwaltung genossenschaftlicher Cassen, aus welchen die ärmeren Gruben unterstützt worden, derselben ein bedeutender Einfluß auf den Betrieb der Privaten eingeräumt war, drang Freiherr v. Beust auf die Durchführung von großartigen und rationell angelegten Aufschlußarbeiten und wies die Bergindustrie auf die Erzeugung von ärmeren, aber massenhaft auftretenden Erzen hin. Argei-

herr v. Beust konnte diesen seinen Ansichten, deren Durchführung allein dem Bergbau den Charakter einer soliden Industrie zu geben vermag, nur dadurch den nöthigen Nachdruck verleihen, daß er selbst die einschlägigen Fachwissenschaften in vollkommener Weise und mit selbstständiger Auffassung beherrscht. Seinen Publicationen, welche meist allgemeinen bergmännischen Inhalts sind, wird niemand den Vorwurf von Oberflächlichkeit oder Unselbstständigkeit des Urtheils machen können, wenn auch manche der ausgesprochenen Ansichten nicht allgemein getheilt wurden. Seine ganze Amtsführung beruhte auf klaren, durch die Wissenschaft begründeten Anschauungen. Ein sehr wesentlicher Theil seiner Thätigkeit bestand darin, die Wissenschaft für die Bergindustrie dienstbar zu machen und die gewonnenen Resultate möglichst allgemein zu verbreiten. Wir fürchten keinem Widerspruch zu begegnen, wenn wir behaupten, daß der sächsische Bergmannstand bis auf seine untersten Verzweigungen der gebildetste der Welt ist, und wenn auch Freiherr v. Beust vieles schon vorfand, so ist unter seiner Leitung doch das Bedeutendste geschehen, was auf die Förderung sowohl der unteren, als der höheren Bildungsanstalten, auf die gründliche wissenschaftliche Untersuchung der Lagerstätten, auf die Einführung rationeller Hüttenprocesse u. s. w. Bezug hat. Welch' weites Feld in dieser Beziehung Freiherr v. Beust noch bei uns vorfindet, darüber verlieren wir keine Worte; wohl aber war bei seinem jüngsten Besuche der wichtigsten österreichischen Montanwerke Gelegenheit, zu erkennen, daß er mit den Verhältnissen derselben kaum weniger vertraut ist, als mit jenen seines Vaterlandes.

West, 21. Dec. (Die Deputirtentafel) nahm den Zoll- und Handelsvertrag in letzter Lesung an. — In der Magnatentafel wurde auf Antrag des Grafen Szirach der Minister Wendheim ersucht, Ihrer Majestät zur bevorstehenden Allerhöchsten Geburtsfeier und zu dem freudig erwarteten Ereignisse die Glückwünsche des Hauses darzubringen. Das Haus nahm ferner das Staatsschuldengesetz mit einem von Lonhay beantragten neuen Alinea an, in welchem die Haftung Ungarns auch auf die zur Bedeckung der Salineuseine erforderlichen hundert Millionen Staatsnoten ausgedehnt wird. Dasselbe Alinea wird Nachmittags in den Sectionen der Deputirtentafel und Abends um 6 Uhr in öffentlicher Sitzung verhandelt.

Rusland.

Berlin, 21. December. (Das Abgeordnetenhaus) nahm die Gesetze wegen der Behandlung der Staatsschulden der neuen Provinzen an. Nächste Sitzung 7. Jänner.

Bern, 21. December. (Bundesrath.) Die Bundesversammlung geschlossen. Beim Schlusse des Nationalrathes wies der Präsident auf die Pflicht der Schweiz hin, stets zur Vertheidigung gerüstet, scharfe Hochwacht zu halten.

Florenz, 21. December. (In der Deputirtentammer) Schluß der Debatte. Es werden 19 Tagesordnungen theils für das Ministerium und zu Gunsten Roms als Hauptstadt, theils dagegen beantragt. Crotti entwickelt eine Tagesordnung für die Proclamation Roms als Hauptstadt der katholischen Welt und tritt für die weltliche Macht ein. Ferraris hingegen entwickelt seine Tagesordnung, welche das Recht der Nation auf Rom erklärt und die Nothwendigkeit beweist, eine Regierung zu haben, welche der Freiheit im Innern und gründlichen Reformen günstig gestimmt sei. Sodann Debatte über die provisorische Finanzgebarung. Die Kammer genehmigte die von Ferraris beantragte Tagesordnung, welche über die Concession und die nach der Einberufung des Parlamentes veröffentlichten Verfügungen über größere Ausgaben Vorbehalte ausspricht. Die Kammer genehmigte gleichfalls die Tagesordnung Valerio's, welche von der ministeriellen Erklärung über die Suspendirung der Zahlung der päpstlichen Schuld Act nimmt: Die Commission erklärte, dies als eine administrative Maßregel zu betrachten. Bei der Abstimmung wurde der Gesekentwurf mit 230 gegen 129 Stimmen angenommen.

Paris, 21. December. (Im gesetzgebenden Körper) bekämpft Magnin den Armeegesekentwurf von finanziellen, socialen und ökonomischen Gesichtspunkten aus. Der Gesekentwurf schade der Entwicklung der Bevölkerung, werde Europa beunruhigen und die Production im Innern verzögern; nur die allgemeine Bewaffnung allein könne das Staatsgebiet sichern. Berichterstatter Gressier sagt, das Gleichgewicht der Welt könne nur durch einen Krieg wiederhergestellt werden. Frankreich müsse für den Fall eines Krieges bereit sein. Uebrigens sei das Gesetz nicht für einen demnächstigen Krieg, sondern es sei ein Zukunftsgesetz.

Feuer-Feuer.

England, insbesondere London, ist tief gedüngt, beklemmt möchte man sagen. Die Attentate der Feuert, insbesondere der unheimliche Gebrauch, den sie von ihrer Waffe, dem Sprengöl (Nitroglycerin) machen, haben das Inseland aus seiner Ruhe gebracht. Eine unbestimmte Angst vergröbert noch die Befürchtungen, welche in fabelhaften Gerüchten reiche Rabruna finden. So blickt es in London, die Feuert beabsichtigen einen Angriff auf die königliche Residenz Osborn und es wurden daher zwei Gardecompagnien dorthin verlegt. Ferner blickt es Manchester brenne an mehreren Ecken. In London selbst, fürchtete man die Niederbrennung des königlichen Opertheaters und anderer öffentlicher Gebäude, die Sprengung des großen Gasometers u. s. w. Ganz begreiflich ist es, daß alle Brände der Nielsenstadt, sei's mit Recht oder Unrecht, den Feuert in die Schuhe geschoben werden, daß man allenthalben „Feuertfeuer“ wittert. Die „Engl. Kor.“ schreibt: Mit Staunen und Entsetzen hören wir, daß im Laufe des Sonntags Nachmittags und Abends mehrere Brandversuche stattgefunden haben. Der eine im elegantesten Quartiere des Westends, in Grosvenor Square, woselbst eine mit Zündstoff gefüllte Flasche durch ein Fenster des Erdgeschosses in die Bibliothek eines Hauses geworfen wurde; der zweite im Herzen der City; woselbst genau daselbe Mittel angewendet wurde, um ein Magazin in Brand zu stecken. Noch verlautet von einer dritten Brandlegung im Soho-Square, doch ist dieser Fall nicht genügend constatirt. Die Polizei scheint die Sache vertuschen zu wollen, um nicht übermäßige Besorgnisse zu erwecken, der Umstand jedoch, daß in den beiden bezeichneten Fällen flüssiger Zündstoff — so genanntes Feuertfeuer — angewendet worden sein soll, genügt vollkommen, um den Verdacht wach zu rufen, daß die Feuert nichts geringeres im Sinne tragen, als London an vielen Stellen in Brand zu stecken, sei es aus Rache, oder um in der Verwirrung ihre gefangenen Brüder zu befreien. Zum Ueberflus ist in der Vorstadt Kennington wieder einmal im Dunkeln auf einen Polizeimann geseuert worden. Kein Wunder daher, daß die Stimmung eine sehr unbehagliche ist und die Erbitterung gegen das Feuertthum steigt. — Die Berichte aus den Hospitälern, in denen die Opfer von Clerkenwell untergebracht sind, lauten herzbrechend. Außer den drei durch die Explosion auf der Stelle Todtgebliebenen ist noch ein armes achtjähriges Mädchen seinen Wunden erlegen und selbst diejenigen, welche nur durch Glassplitter getroffen wurden, leiden furchtbar, darunter Kinder und Greise, die den Stoß vielleicht nicht überleben werden. — Ueber die drei unmittelbar nach der That Verhafteten weiß man nach dem ersten Polizeiberhör nicht viel mehr als früher. Von einem der verhörten Zeugen wurde zwar behauptet, er habe gesehen, wie Desmond (einer der Verhafteten) die Lunte im Fasse anzündete, doch scheint die Polizei anderer Meinung zu sein, da sie auf die Habhaftwerdung dessen, der diesen Theil der That vollzog, eine Belohnung von 300 Pfund Sterling aussetzte und dem Angeber Straß-

(Polyharmonisches Concert.) Die gestern zum Besten des Gesellschaftsfondes stattgesundene Aufführung von Haydn's „Jahreszeiten“ war leider sehr schwach besucht, so daß nicht einmal die Kosten gedeckt wurden. Wir möchten diesen Umstand wohl durch die Wahl des Tages erklären. Aber etwas anderes können wir uns nicht erklären, und das ist der fluchtähnliche Ausbruch während des Finales, der auf alle Zune höchst störend wirkte, die einem solchen Meisterwerke die gebührende Pietät zu zollen entschlossen waren. Was die Ausführung betrifft, so gefielen besonders die recht frisch und mit Präcision ausgeführten Chöre. Herr Andler bewährte sich in den Solis wie immer als vorzüglicher Sänger. Frä. Oberhart entzündete Alles durch ihren schönen Vortrag und den herrlichen Wohlklang ihres klangvollen Organs.

— (Verein der Aerzte in Krain.) Nächsten Samstag, d. i. am 28. d. M., findet um 5 Uhr Abends die Generalversammlung des Vereins der Aerzte in Krain zu Laibach in dessen Museallocale statt. Das diesbezügliche Programm lautet: 1. Verlesung des letzten Sitzungsprotokolls; 2. Mittheilung der Einnahme; 3. Jahresbericht; 4. Rechenschaftsbericht; 5. Wahl der Vereinsleitung; 6. Wahl von Ehren- und auswärtigen Mitgliedern; 7. Vorschlag pro 1868; 8. Feststellung der zu haltenden Zeitschriften; 9. Anträge Dr. Gauster's auf Statutenänderung und zu stellende Petitionen; 10. allensfallige Anträge der p. t. Mitglieder; 11. Anträge der Vereinsleitung wegen Drucklegung der Jahresberichte.

— (Metello'sche Stipendien.) Aus der Franz Metello'schen Stiftung sind fürs nächste Jahr drei Beträge zu je 77 fl. 70 kr. für fleißige Schüler, welche die zweite Normalklasse zurückgelegt haben, zu vergeben. Anspruch haben zunächst Verwandte, dann aus der Pfarre St. Kautian bei Gutenwerth Gebürtige. Gesuche sind bis längstens 15. Jänner bei der Gymnasialdirection zu überreichen.

(Schluß.)

5. Dr. v. Kaltenegger bespricht weiters die Frage der Verkäuflichkeit des Jagdrechtes, anknüpfend an einen Fall, in welchem eine Herrschaft, indem sie von ihrem zusammenhängenden Waldcomplexe von mehr als 4000 Joch über 3000 Joch als Ablösungs-Aequivalent an die Servitutberechtigten abgetreten, sich selbst aber einen servitutsfreien Waldcomplex von nahezu 1000 Joch vorbehalten hatte, auch das Jagdrecht auf dem abgetretenen Waldcomplexe sich reservirte.

Referent eörterte die Fragen, ob dieses Jagdrecht für sich allein verkäuflich und ob es ohne Willen des Berechtigten ablösbar sei? sie dahin beantwortend, daß ein solches Jagdrecht nur mit dem Grundbesitz (über 200 Joch), zu welchem es vorbehalten wurde, verkauft werden könne, und daß die Ablösung nur unter Einwilligung beider Theile statthaft sei.

Bei der Debatte über diese Abhandlung, deren Drucklegung beschlossen wurde, theilnahmen die Herren Dr. Abadie junior, Dr. v. Lehmann, Dr. Suppan und Dr. Schöppel, letzterer mit der Erläuterung, daß das Jagdrecht nur dem V. sige des verpflichteten Untertans vorbehalten, und daß es nur mit diesem letzteren selbst verkauft werden könnte.

6. a) Dr. v. Schrey behandelte einen Rechtsfall über Meistbotsvertheilungen bei Simultanhypotheken, die Frage betreffend, ob der Simultanpfandgläubiger bei der gleichzeitigen Veräußerung sämmtlicher Pfandrealtitäten sich mit der bis zur vollen Deduction seiner Forderung ersolgenden Anweisung auf einzelne Realitäten meistbote zufriedengeben müsse, oder ob er nicht vielmehr berechtigt sei, die Verwahrung seiner Pfandrechte bei den Meistboten sämmtlicher

Realitäten für so lange anzusprechen, als er die wirkliche Zahlung nicht erhält. Gegen die Ansicht der beiden unteren Instanzen entschied der oberste Gerichtshof in dem speziellen Falle in dem letzteren Sinne, welche Entscheidung von dem Referenten besprochen und näher begründet wurde.

In der Debatte hierüber wurde namentlich die Frage erörtert, welches Rechtsmittel den, dem Simultanpandgläubiger posslocirten Tabulargläubigern in dem Falle zustehet, wenn ersterer durch Saumseligkeit in der Einbringung der ihm zugewiesenen Meistbote den Abschluß der Meistbotsvertheilungen willkürlich in Schweben erhält.

Gegen die Ansicht des Referenten, es stehe diesfalls die Aufforderungsklage zu Gebote, sprachen sich die Herren Dr. Suppan und Kofevar aus. In der Debatte theiligten sich übrigens auch die Herren Dr. v. Lehmann und Dr. Kaltenegger. Sind die Ersterer säumig, so gilt eben für alle, die ein rechtliches Interesse daran haben, daß die Ersterer zahlen, das Relicitationsrecht.

Ueber Antrag der Vorstehenden wurde die Drucklegung des Aufsatzeß beschlossen.

b) Herr Dr. v. Kallengger bringt zum Vortrage eine Abhandlung über die Zulässigkeit und Bedingungen zur parzellenweisen executiven Feilbietung einer Hypothek.

Herr Adjunct Hödevar bemerkte, die parcellenweise Versteigerung werde namentlich dann zulässig sein, wenn bestimmt wird, daß nach dem Ausbieten der einzelnen Parcellen auch die Gesamtheit um die Summe der erzielten Meistbote feilgeboten werde. Die allgemeine Gerichtsordnung stehe nicht entgegen, da die Parcellirungsvorschriften erst später erschienen.

Herr Dr. Suppan betonte, daß gegen den Willen des Exccuten diese Parcellirung unzulässig sei.

Ueber Antrag des Herrn Dr. v. Lehmann wurde die Drucklegung der Abhandlung beschlossen. Schließlich erwähnte noch Herr Dr. Kaltenegger eines praktischen Falles, wo zur executiven Veräußerung einer Realität die Bedingung gestellt wurde: „Der Ersteher ist verpflichtet, die hinter drei Jahren ausstehenden Steuern und Grundentlastungsgüterstände noch außer dem Meisibote besonders zu berichtigen.“

Die Ungültigkeit einer solchen Bedingung, die dem Meistbot zum Nachtheile der an der Zahlungsreihe stehenden Gläubiger herabdrücke, erhele aus dem Geitze, daß der Erstehet nur aus seinem Meistbote zahlungspflichtig werde — und daß alles, was der Erstehet zu zahlen habe, nur auf Grund der Meistbotvertheilung, d. i. richterlichen Zahlungsanweisung, nach Maßgabe der pfandrechtlichen Rangordnung zu zahlen sei.

7. Bei erschöpfter Tagesordnung wurde sohin die Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen.

Pe st, 22. December. Das Amendement zum fünften Paragraphen des Staatsschuldengesetzes ist in der gestrigen Nachsitzung der Deputirtenkammer mit 150 gegen 98 Stimmen angenommen worden. — In der Deputirtenkammer wurde heute das Indemnitätsgesetz vom ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken, und das Gesetz über die Gleichberechtigung der Juden einstimmig in letzter Lesung definitiv angenommen. Unter begeistelter Zustimmung des Hauses ersuchte der Präsident den Baron Eötvös, Ihrer Majestät die Glückwünsche des Hauses zum Allerhöchsten Geburtstages darzubringen. In Anwesenheit der Delegirtenwahl findet eine geschlossene Sitzung statt. Die Magnatenkammer hat den vom Grafen Anton Szecsen glänzend beäworteten Zoll- und Handelsvertrag einstimmig angenommen.

R o m , 21. December. Die officiële Zeitung veröffentlicht die vom P a p s t e im gestrigen Consistorium gehaltene kurze A l l o c u t i o n . Der Papst weist auf den göttlichen Beistand hin, welcher die Trauer durch Freude mildert. Die Bischöfe haben sich zu seiner Vertheidigung eng verbunden Mit Schrift und Wort vertheidigen Laien die weltliche Macht; in öffentlichen Versammlungen wurde sie vertheidigt, in glänzender und prächtiger Weise im Senate und gesetzgebenden Körper in Paris unter dem Beifalle aller ehrenhaften Leute. Er hebt mit Begeisterung die Demonstrationen und Opfergaben der Gläubigen, den Eifer der katholischen,

Schriftsteller und Redner, die Treue der römischen Unterthanen, die Tapferkeit der Armee des so mächtigen Kaisers des edlen und hochherzigen Frankreichs hervor, welcher, die Gefahren Roms sehend, seine tapferen Soldaten gesendet habe, um unter berühmten Führern bei Mentana und Monte rotondo zu kämpfen und ihr Blut für die Sache des heiligen Stuhles zu vergießen. Er empfiehlt sie dem Gebete, daß Gott sie gegen ihre Feinde schütze und diese letzteren belehre, und segnet sodann alle Anwesenden.

Paris, 21. December. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Jules Favre fordert von der Regierung Aufklärungen. Rouher erwidert, die Regierung werde bei Artikel I die natürliche Gelegenheit finden, sich über die Kritiken auszusprechen, deren Gegenstand ihre Politik gewesen ist. Aber schon jetzt zögere er nicht, in der unbedingtesten Weise gegen jede Auslegung zu protestiren, welche in dem Gesetze eine Vorbereitung zu einem mehr oder weniger nahen Kriege nachzuweisen strebt. Wenn die Regierung, Kriegsgedanken hegend, eine ununterweilte Vermehrung unserer Streitkräfte fordern würde, so würde sie nicht den Gesegentwurf einbringen, welcher in keinerlei Weise einer Kriegsabsicht entspricht und auf nichts anderes Bedacht nimmt, als das große nationale Interesse, die Unabhängigkeit des Vaterlandes zu wahren.

vom 23. December.

5perc. Metalliques 55.60. — 5perc. Metalliques mit Mai- und November-Zinsen 58. —. — 5perc. National-Anlehen 64.80. — Bank-actien 674. — Creditactien 183.70. — 1860er Staatsanlehen 82 20. Silber 119.25 — London 121.35. — R. 1 Ducaten 5.75¹⁰.

Am 22. December.

Stadt Wien. Die Herren: Staudacher, Handelsmann, von
Krapfenfeld. — Zugig, Handelsmann. — Fr. Zugovitz, Kauf-
mannssohn, von Strajide.

Mohren. Herr Berger, Productenhändler, von Dsenitz.

Kaiser von Oesterreich. Herr Bartol, von Gottschee.

December.	Zeit	Barometerstand in Pariser Linien auf 0° R. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Art und Grad der Winde	Niederschlag in Par. Lin. u. in Pariser Weich.
23.	6 U. Mg.	327.10	— 9.7	W. schwach	f. ganz bew.	
	2 „ N.	326.83	— 5.0	N.O. schwach	3. Hälfte bew.	0.60
	10 „ Ab.	327.62	— 8.0	N.O. schwach	Höhennebel	

Intensives Morgenroth. Tagüber meist dünn bewölkt. Abends heiter, später buntig, ruhige Luft.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayer

Börsenbericht. Wien, 21. December. Das Geschäft kaum nennenswerth und die Course sowohl der Papiere als der Devisen und Valuten unwesentlich verändert. Geld flüssig.

Öffentliche Schuld.			Geld Waare		Geld Waare		Geld Waare	
A. des Staates (für 100 fl.)			Oberösterreich . . . zu 5%	87.75 88.15	Böhm. Westbahn zu 200 fl. .	147.50 147.75	Clary zu 40 fl. C.M.	Geld Waare
In d. W. zu 5pCt. für 100 fl.	Geld	Waare	Salzburg " 5 "	86.50 87.50	Öest. Don.-Dampfsch.-Ges. 500fl. C.M.	482.— 484.—	St. Genois " 20 " "	26.— 27.—
In österr. Währung steuerfrei	57.50	57.60	Böhmen " 5 "	91.50 92.50	Öesterr. Lloyd in Triest 500fl. C.M.	188.— 190.—	Windischgrätz " 40 " "	25.— 25.50
Steueranl. in d. W. v. J. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	88.50	89.—	Mähren " 5 "	88.50 89.50	Wiener Dampfm.-Actg. 500fl. ö. W.	460.— 465.—	Waldstein " 20 " "	16.50 17.50
Steueranlehen in öst. W. v. J. 1864 zu 5pCt. rückzahlbar	85.50	86.—	Schlesien " 5 "	87.— 88.—	Bester Kettenbrücke	380.— 385.—	Keglevich " 10 " "	20.75 21.25
Silber-Anlehen von 1864 . . .	72.50	73.—	Steiermark " 5 "	88.— 89.—	Anglo-Österr. Bank zu 200 fl.	110.25 110.75	Kudolf-Stiftung " 10 " "	14.50 15.—
Silberanl. 1865 (Freec.) rückzahlb. in 37 Jahr. zu 5pCt. 100 fl.	78.25	78.75	Ungarn " 5 "	69.50 70.25	Lemberger Cernowitzer Actien .	168.— 168.50		13.— 13.50
Nat.-Anl. mit Zins-Coup. zu 5%	65.40	65.60	Temeser = Banat " 5 "	69.— 69.50				
Metalliques " Apr.-Coup. " 5 "	55.85	55.95	Croatien und Slavonien	70.— 71.—				
ditto mit Mai-Coup. " 5 "	58.39	58.50	Galizien " 5 "	63.75 64.25				
ditto " " " 4 1/2 "	49.—	49.50	Siebenbürgen " 5 "	63.75 64.25				
Mit Verlos. v. J. 1839 . . .	149.75	150.25	Bukovina " 5 "	63.50 64.—				
" " " " 1854 . . .	75.25	75.50	Ung. m. d. B.-C. 1867	66.50 67.—				
" " " " 1860 zu 500 fl.	82.30	82.40	Ung. B. m. d. B.-C. 1867	65.25 65.75				
" " " " 1860 " 100 "	91.25	91.50						
" " " " 1864 " 100 "	75.—	75.20						
Como-Münzsch. zu 42 L. aust.	21.50	22.—						
Domainen 5perc. in Silber	104.75	105.—						
B. der Kronländer (für 100 fl.)	Gr.-Entf. = Oblig.							
Niederösterreich . . . zu 5%	89.—	90.—						